

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 75 Pfennig
pro Quartal inkl. Postgebühren.
Bestellungen nehmen an alle Postämter,
sowie die Expedition,
Coppingerstraße 101, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro 3spaltige Zeile 20 Pf.,
für Verbandsangehörige 10 Pf.
Privatangelegenheiten ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andernfalls
der Abdruck unterbleibt.

Nov. 24

Stuttgart, den 15. Juni 1901

17. Jahrgang

Der Deutsche Buchbinderverband im Jahre 1900.

(Schluß.)

In einem weiteren Kapitel wird in ausführlicher Weise über die laut Antrag der Zahlstelle Nürnberg veranstalteten Erhebungen über die Verhältnisse der Buchbindereien, wozu von den Parteigeschäften Arbeit gegeben wird, berichtet. Diese Enquete erstreckte sich zugleich auch auf die Befragung, wo und unter welchen Verhältnissen Arbeitervereinigungen (Gewerkschaften, Krankenkassen etc.) ihre Buchbinderarbeiten herstellen lassen. Das Resultat dieser Enquete ist nicht ein derartiges, daß der Vorstand Veranlassung nehmen müßte, in größere Aktion zu treten. Von Manchen wurde vielleicht ein anderes, für die Parteigeschäfte ungünstigeres Resultat befürchtet, wie es sich nur durch die Zusammenstellung im Allgemeinen zeigte. Das mag den Verbandsvorstand veranlaßt haben, nicht, wie hier und dort verlangt wurde, in gesondbeter Form darüber zu berichten, sondern diese Ausführung des Antrags dem Protokoll beizufügen. Selbst wenn Zustände bestanden hätten, deren Aenderung herbeizuführen für notwendig galt, hätte doch wohl zunächst die Rücksicht auch für die Parteigeschäfte gelten müssen, die sonst dem Privatunternehmer von uns auch zugebilligt wird: man hätte zunächst erst um Abstellung ersucht und wäre erst dann an die Öffentlichkeit getreten, wenn diesem Ersuchen nicht stattgegeben wurde. Bestreiten läßt es sich ja keineswegs, daß von einigen Orten (von 32 Städten wird das Vergeben von Partearbeiten gemeldet) Arbeitsverhältnisse gemeldet werden, die alles andere denn mustergerällig zu nennen sind. So wird z. B. von Bielefeld, Breslau, Braunschweig, Dortmund, Gera und Kofstok berichtet, daß daselbst Löhne vorkommen zwischen 11—17 Mk. bei $9\frac{1}{2}$, sogar noch 10stündiger Arbeitszeit. Nun genügen diese schändlichen Löhne zum übergroßen Theile leider den am Orte aufgestellten oder üblichen Forderungen, weshalb schon aus rechtlichen Gründen von uns, d. h. von der Organisation, kein unbedingtes Verlangen auf höhere Entlohnung gestellt werden kann. Immerhin erscheint uns eine größere Aufmerksamkeit diesen Zuständen gewidmet, sehr notwendig und wir bezweifeln nicht, daß dadurch in manchen Orten eine Aenderung eintreten wird. Bekannt darf bei der ganzen Sache nicht werden, daß diese Geschäfte ausschließlich nicht der Partei, sondern Privatunternehmern gehören und unser Einfluß deshalb auch nicht allzu weitreichend ist. Auch kommt hinzu, daß es sich mit wenig Ausnahmen um Vergebung kleinerer Partien handelt, die Großunternehmer nicht annehmen, die daher von Kleinmestern hergestellt werden müssen, bei denen bekanntlich immer schlechtere Arbeitsbedingungen zu finden sind. Es werden meist nur Broschüren gebunden. Einen Theil der Schuld an diesen Zuständen — so wird von Hamburg berichtet — tragen aber auch die Arbeiterorganisationen selbst, „die Alles recht billig hergestellt haben wollen“. Verfehlungen dieser Art werden z. B. von der Krankenkasse der Tabakarbeiter in Hamburg und der Ortskrankenkasse in Leipzig gemeldet.

Von den Geschäften, die Parteieigentum sind, wird nur Lobenswerthes gemeldet; die Arbeitszeit ist niedriger wie die am Orte übliche, die Löhne dagegen durchweg höher.

Wird bisher die Thätigkeit des Vorstandes, die derselbe nach Außen hin entwickelte, geschildert, so wird in Folgendem über die internen Arbeiten derselben berichtet. Diese Berichterstattung nimmt einen verhältnißmäßig kleinen Raum der Broschüre ein. In gedrängter Kürze — vielleicht zu sehr gedrängt — wird über getroffene Verwaltungsmaßnahmen, über die gethane Agitation, über die Neueintheilung der Gaue etc. berichtet. Als Ursache dieser etwas gedrängten Schilderung der eigentlichen Thätigkeit des Vorstandes darf vielleicht gelten, daß ein zu großer Umfang der Broschüre befürchtet wurde, andererseits aber ist in den vorhergehenden Kapiteln ein Theil der internen Thätigkeit des Vorstandes enthalten.

Von Bedeutung ist außerdem, daß im Berichtsjahr 13 neue Zahlstellen gegründet wurden, dagegen 5 sich aufgelöst haben. Die Anzahl der Zahlstellen ist von 69 auf 77 gestiegen, außer den an den drei sächsischen Orten (Leipzig, Dresden, Plauen) vorhandenen Einzelmitgliedern und der von circa 200 Orten an die Gaue Zahlenden.

Der Mitgliederbestand ist von 6525 männlichen im Jahre 1899 auf 7958 im Jahre 1900 gestiegen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder nahm von 1881 im Jahre 1899 auf 3767 zu. Gesamtzunahme 3319 Mitglieder. Die Fluktuation war auch in diesem Jahre eine bedauerlich große. 4668 Aufnahmen männlicher Mitglieder stehen 3235 Streichungen gegenüber; 4197 Aufnahmen weiblicher Mitglieder stehen 2311 Streichungen gegenüber. Die Fluktuation bei dem Mitgliederbestand der männlichen Mitglieder ist also prozentual noch um ein Bedeutendes größer als wie bei den weiblichen. Bedenken wir, daß sich die neu auszustellenden Bücher in den Nummern 36000 bewegen, der Verband aber nach der Abrechnung vom ersten Quartal rund 10000 Mitglieder zählen dürfte, so ist daraus das überaus bedauerliche, für die Organisation und die Vertretung der Berufsinteressen so schädliche Hin- und Herflüchten der Mitglieder ersichtlich. Mit den durch die höhere Karenzzeit erworbenen höheren Unterstellungen wird diesem Uebelstande, unter dem mit sehr wenigen Ausnahmen fast alle Gewerkschaften zu leiden haben, voraussichtlich etwas gesteuert werden. Diese Annahme hat durch einzelne vorgekommene Fälle schon ihre Bestätigung erhalten. — Wie lange noch werden die Berufsgeoffenen in Verkennung ihrer eigenen Interessen dieser Unbeständigkeit halbig? —

Den Schluß bildet der Kassenbericht. In ihm spiegelt sich das eigentliche Verbandsleben wieder. Der Kassenbericht mit seinen stereotypen Zahlen, der so oft als eine trockene Lektüre empfunden wird, legt doch bereites Zeugniß, ab von der Unfähigkeit und dem Interesse der Mitglieder an der Organisation. Man darf wohl sagen, daß die Berichte des Kassiers am wenigsten der Kritik der Mitglieder ausgesetzt sind, die, in anständigen Grenzen gehalten, nur anregend und aneifernd für die Verwaltungs-

beamten sein kann. Das kommt daher, wenn in allzu großen Tabellen, welche die Uebersicht erschweren, jede kleinste Position aufgeführt ist. Das ist in dem Kassenbericht nicht der Fall. Auch der mit den Kassengeschäften nicht besonders Vertraute gewinnt durch die kleinen Tabellen und Gegenüberstellungen einen Einblick in die Finanzgebarung unseres Verbandes.

Die Einnahmen setzen sich zusammen aus: 2683 Mk. für Aufnahmen männlicher und 873,40 Mk. für solche weiblicher Mitglieder. An Beiträgen wurden von den Ersteren 116701,55 Mk. gezahlt, von den Letzteren 17158,20 Mk. Die vielumstrittene Extrasteuer hat doch schon bis zum Schluß des Jahres 6385,60 Mk. eingebracht. Für die Ausgesperrten gingen 6698,71 Mk. ein, eine verhältnißmäßig kleine Summe, mit der im Ernstfalle nicht viel anzufangen gewesen wäre; davon entfallen noch 1872,52 Mk. auf das Ausland und 1000 Mk. auf die Leipziger Buchdrucker. An Zinsen wurden 4871,79 Mk. vereinnahmt. Die Gesamteinnahme beziffert sich auf 158538,26 Mk., was ein Mehr von rund 43000 Mk. gegen das Vorjahr ausmacht.

Die Ausgaben vertheilen sich folgendermaßen: Für Arbeitslofenunterstützung wurden 18391,75 Mk. verausgabt, davon an männliche Mitglieder 16983,65 Mk., an weibliche 553,25 Mk., an aus dem Ausland Zugewandte 854,85 Mk. An Streikunterstützung wurde im Verband 83952,94 Mk. gezahlt, für andere Organisationen des Auslands 1300 Mk., des Inlands 550 Mk. Die Ausgaben für Gemäßregelunterstützung betragen 1570,96 Mk., für Rechtschutz 611,50 Mk. Für den neuerrichteten Unterstützungs-zweig: die Bewilligung von Umzugskosten, wurden in 14 Fällen 885 Mk. gezahlt. Zur Agitation wurden 2784,25 Mk. verwendet; die persönlichen Ausgaben beliefen sich auf 9055,85 Mk., die sachlichen auf 7155,71 Mk. An die Generalkommission wurden 1000 Mk. als Beitrag geleistet. Das Verbandsorgan erforderte einen Zuschuß aus Verbandsmitteln in Höhe von 14859,64 Mk. Die Auflage der Zeitung war durchschnittlich 13500 Exemplare.

Die durch den Verbandstag geschaffene Neuordnung der Vierklasseneintheilung beim Bezug der Arbeitslofen resp. Reiseunterstützung und die in jeder Klasse hierfür verausgabten Summen veranschaulicht eine Tabelle (S. 63). Wie kaum anders zu erwarten, wird für die erste und zweite Klasse der summarisch größte Betrag verausgabt. Interessant wäre hierbei jedenfalls gewesen, wenn eine Gegenüberstellung der in den einzelnen Klassen Unterstützten zu den empfangenen Unterstellungen gegeben worden wäre, um daraus zu ersehen, inwieweit die höheren Klassen, also damit die längere Zugehörigkeit zum Verband, auch von materiellem Nutzen für die Mitglieder sind. Damit würde der Zweck illustriert, den die höheren Unterstellungen bei längerer Mitgliedschaft erreichen wollen: die Mitglieder zum Verbleiben in der Organisation zu veranlassen, d. h. die Stabilität des Mitgliederbestandes zu fördern.

Neben der Fluktuation des Mitgliederbestandes ist ein weiterer Krebschaden in den Gewerkschaften das überaus starke Defizit der Beiträge. Nach dem

Bericht hatte die Verbandsstaffe dadurch einen Ausfall in der Einnahme von rund 8000 Mk. In einer Tabelle werden die Zahlstellen namentlich aufgeführt und die in diesen vorhandenen Restwochen. Auch hier wäre es entschieden interessanter und praktischer gewesen, wenn die Zahlstellen nicht fein säuberlich in alphabetischer Reihenfolge aufmarschirt wären, sondern wenn die Schafe von den Böcken gesondert würden und zwar dergestalt, daß prozentuell zur Mitgliederzahl in absteigender Linie die pünktlich zahlenden Zahlstellen den Anfang machten und die stark restirenden den Schluß bildeten. Das wäre übersichtlicher und hätte zur Folge, daß sich die untenstehenden bemühen würden, den oberen muster-giltigen nachzueifern. So sehen wir z. B. gerade kleine Zahlstellen wie Brandenburg, Gelsenkirchen, Glogau, Hanau, Kassel, Kaufbeuren, Schlez und Zeitz mit keinen Resten verzeichnet, während Stuttgart mit seinen circa 1000 Mitgliedern allein etwa 5000 Restwochen zu verzeichnen hat und somit vielleicht die führende Rolle bei den Nachhaken einnehmen könnte. Eine solche Gegenüberstellung und Reihenfolge hätte vielleicht doch anfeuernd auf die Mitglieder und die Verwaltungspersonen mancher Zahlstellen wirken können. —

Von den lokalen Einnahmen und Ausgaben in den Zahlstellen giebt uns eine weitere Zusammenstellung Kenntniß. Die Einnahmen und Ausgaben balanciren mit 78 237,95 Mk. Diese Zusammenstellung giebt kein richtiges Bild, da sie unvollständig ist, indem nur 56 Zahlstellen die verlangten Ausgaben dem Kassier zugehen ließen. Hierbei wäre die Saumseligkeit einiger Zahlstellenverwaltungen zu rügen, die wir schon bei anderer Gelegenheit im ersten Artikel vermerkt haben.

Das Gesamtvermögen des Verbandes, ausschließlich der lokalen Kassenbestände, betrug einschließlich der des Guthabens der Zahlstellen 133 947,91 Mk.

Wir haben somit einige der markantesten Punkte aus dem Bericht des Vorstandes hervorgehoben, um so die Aufmerksamkeit der Mitglieder auf ihn hinzu lenken und dieselben zum ordentlichen Studium

der darin wiedergegebenen Einzelheiten anzuregen. Die Mitglieder werden sicher diese Neuerung: die alljährliche Berichterstattung des Vorstandes, als sehr nützlich und zweckdienlich für unsere Organisation betrachten, indem sie dadurch einen tieferen Einblick in das Getriebe und die Thätigkeit des Verbandes und des Vorstandes erhalten. Der Bericht wird in seiner Gesamtfassung den Erwartungen der Mitglieder entsprochen haben, mögen die darin aufgeführten Leistungen unserer Organisation die Mitglieder zu neuer Arbeit anfeuern und die Anregung geben, die Nichtorganisirten auf die Errungenschaften und Segnungen unseres Verbandes hinzuweisen.

Ein gewaltiges Stück Arbeit liegt hinter uns. Nicht minder wichtige Aufgaben harren für die Zukunft ihrer Lösung. Gehen wir mit frischem Muthe vereint ans Werk, zur gemeinsamen Arbeit, um die Fortentwicklung und Vollkommenung unserer Organisation zu fördern, zum Wohle unserer Berufskollegen, zum ferneren Blühen und Gedeihen unseres Verbandes!

Der Streik in München

bei der Firma Fritsche, dem wir schon in voriger Nummer Erwähnung thaten, ist nach kurzer Dauer beigelegt worden.

Es dürfte dennoch interessiren, über die Veranlassung und den Ausgang desselben in Kürze hier zu berichten.

Schon seit längerer Zeit machte sich unter den dort beschäftigten Arbeitern eine gewisse Strömung bemerkbar, die darauf hinielte, eine Aenderung der seit einigen Jahren verschlechterten Zustände in dieser Werkstube herbeizuführen. Diese Strömung wurde noch verstärkt durch das Verhalten des seit kürzerer Zeit neu eingestellten Werkführers Röber, der versuchte, die Akkordlöhne, insbesondere aber die Stundenlöhne zu reduzieren. Hat er es doch fertig gebracht, daß eine Arbeit, für die früher pro 100 Stück 5,40 Mk. gezahlt wurde, auf 4 Mk. herabzubriden. Den Stundenlöhnen, die früher 37 bis 39 Pf. betrugten, ließ er eine Korrektur bis auf 32 Pf. angeben, und zwar ermöglichte er dies dadurch, daß er sich 15 jüngere Leipziger Kollegen kommen ließ, die er für diesen Lohn einstellte. Solche Art der Geschäftsmanipulationen mußte natürlich einmal den Geduldsfaden der dort beschäftigten Arbeiter

zum Reissen bringen. Da sich der Unwille gegen den Herrn Werkführer in letzter Zeit bedenklich gesteigert hatte, gegenwärtig aber auch gerade keine schlechte Geschäftsperiode war, zudem kam, daß ein größerer Posten Arbeit zu einem bestimmten Termin zu liefern war, so fanden sich die in der Firma Beschäftigten in einer Werkstubenversammlung zusammen, um hierzu eventuell Stellung zu nehmen. Diese Werkstubenversammlung sagte keinen bestimmten Beschluß, dagegen wurde in einer wenige Tage darauf stattfindenden Versammlung, in der die Sache verhandelt wurde, eine Kommission, bestehend aus fünf Kollegen, gewählt, die bei der Geschäftsleitung vorstellig werden sollte. Neben der Forderung um Abstellung einiger Mißstände sollte zugleich die Einführung des Leipziger Akkordtarifs, sowie eine Erhöhung der Stundenlöhne verlangt werden. In der Verhandlung mit dem Direktor der Firma lehnte dieser zwar die Forderung auf Einführung des Akkordtarifs strikte ab und verlangte die Ausarbeitung eines Extratarifs, gültig für München, zeigte sich aber in den anderen Punkten entgegenkommend und gab der Erwartung Ausdruck, daß die Sache auf glücklichem Wege beigelegt werden möge. Anders dagegen bei einer zweiten Verhandlung, in der nach gepflogener Verhandlung in einer Werkstubenversammlung die Forderung auf Einführung des Akkordtarifs fallen gelassen war, um dieselbe auf günstigere Gelegenheit zu verschieben. Jedemfalls hatte der Herr Direktor davon Wind bekommen, daß die Arbeiterinnen sich geäußert hatten, sie würden eventuell nicht mit in den Ausstand treten, da ihnen auch ohne Streik eine Lohnaufbesserung in Aussicht gestellt worden war. Den Ersatz für die streikenden Arbeiter wollte der Herr sich aus Leipzig schicken lassen. In Berücksichtigung des unkollegialen Verhaltens der Arbeiterinnen, sowie zweier Arbeiter, von denen der Streikbruch vorauszu sehen war, hätte man sogar auf diese strikte Ablehnung der Forderungen von weiteren Schritten Abstand genommen, wenn nicht einige Tage darauf der Sprecher der Kommission Knall und Fall entlassen wurde. Das ließ das Maß überlaufen. In dieser Entlassung wurde eine Maßregelten solidarisch, die Kollegen erklärten sich mit dem Gemagregelten ab und legten die Arbeit nieder. Die Arbeiterinnen blieben in Arbeit, sowie die zwei getreuen Fridoline: Berringer und Sperl. In den Ausstand traten 19 Kollegen. Nunmehr wurde verlangt: Die Einstellung des Gemagregelten und die Erhöhung der Stundenlöhne. Der Geschäftsführer verhielt sich demgegenüber durchaus ab-

Zur Bekämpfung der Lungenschwindsucht.

(Erfahrungen und Rathschläge eines Laien.)

In Nr. 18 der „Buchbinder-Zeitung“ fand ich einen kleinen Artikel über die Bekämpfung der Lungenschwindsucht. Ich war langjähriger Fabrikarbeiter und wurde schließlich, wie so mancher Proletarier, lungenleidend. Vor etwa 12 Jahren bekam ich zu ersten Male Lungentarrh, der sich im Laufe der Jahre noch einige Male wiederholte. Die Krankheit nahm jedoch keinen gefährlichen Charakter an, was ich wohl der Behandlung meines Leidens zu verdanken hatte.

Wie so mancher Andere, so suchte auch ich mich durch gründliches Studium der verschiedensten, dieses Thema behandelnden Schriften Aufklärung zu verschaffen über die Entstehung, den Verlauf und die Behandlung dieser gefährlichsten Krankheit, und deshalb möge es mir gestattet sein, meine Ansichten und Erfahrungen auf diesem Gebiet hiermit darzulegen.

Die Anschauungen der Sachverständigen sind auch betreffs der Lungenschwindsucht sehr verschiedenartige und häufig sehr einseitige. Die meisten Mediziner behaupten, daß die eigentlichen Erreger der Krankheit die Tuberkelbazillen seien, währenddem die Minderzahl der Entstehung dieses Leidens andere Ursachen zu Grunde legt, dabei aber zugiebt, daß die Bazillen sich einfinden, sobald die Lungen erkrankt sind. Um die Entstehungsursachen der Schwindsucht näher kennen zu lernen, ist es notwendig, daß ich eine andere Krankheit in den Bereich unserer Betrachtungen ziehe. Es ist dies die Strophulose. Fast alle Aerzte sind sich darüber einig, daß die Strophulose in sehr vielen Fällen eine Vorstufe der Tuberkulose ist. Sie haben bei beiden Krankheitsformen das Bestreben, die Konstitutionsverhältnisse der Kranken durch passende Arzneien, durch entsprechende Ernährung und Zuführung von reiner Luft zu bessern und umzugestalten. Darnach liegt bei beiden Krankheiten die Hauptursache in den faulen, giftigen Säften, in dem verdorbenen Blute des Körpers. Das Selbst-

gift des letzteren schlägt sich nieder auf die verschiedenen Organe desselben, zumeist auf die Lymphdrüsen, die dadurch unfähig zu gesunder Blutbildung gemacht werden. Häufig genug schwellen diese Drüsen namentlich am Halse an und entleeren längere Zeit käsiges Eiter. Unvorsichtige und viel erfahrene Aerzte erblicken in diesen Drüsenvereiterungen das Bestreben des menschlichen Körpers, sich von den unreinen, verdorbenen Säften frei zu machen und suchen durch innerliche, passende Arzneien diese Naturbestrebungen zu unterstützen. Aus den Erkrankungen der Lymphdrüsen läßt sich zum großen Theil die Entfestung der Luberkulose herleiten, denn wenn die Lymphdrüsen aus den genossenen Speisen kein gutes Blut bilden können, dann nützt schließlich auch das beste Essen sehr wenig oder nichts. Die Lungen, wie auch die übrigen Organe des Körpers werden in Folge dessen fortdauernd durch das verdorbene Blut gereizt und in ihrer Funktionsfähigkeit gestört. Wenn dann noch, wie beim größten Theile der arbeitenden Klasse, die gute Luft, der Sauerstoff, fehlt, wenn dazu noch Noth und Glend, Sorgen um die Existenz kommen, dann ist gewöhnlich in kurzer Zeit der Boden für die Lungenschwindsucht geschaffen. Daß Erkrankungen anderer Organe, hauptsächlich der Nieren, häufig früher auftreten als die Lungenleiden oder mit denselben in naßer Beziehung stehen, darüber belehrt uns Dr. C. L. Williams, Spezialist für Lungenleiden in London, indem er sagt: „Die post mortem-Register des Brompton-hospitals für Schwindsüchtige zeigen, daß 52 Prozent der Opfer mit krankem Nieren behaftet waren.“

Fragen wir uns, woher kommt denn bei den vielen Menschen das unreine, vergiftete Blut? So ist diese Frage nach sachverständigem Urtheil folgendermaßen zu beantworten: Es kommt zum Theil von den schlechten Ernährungs- und Lebensverhältnissen der unteren Volksklassen; namentlich die Kinder der arbeitenden Klasse werden in Folge der Blutarth und Krastlosigkeit der Frauen schon krank geboren, sie können ihren Kindern das wichtigste Nahrungsmittel, die Muttermilch, nicht bieten, deshalb werden die Kinder mit Nahrungsmitteln

aufgepäppelt, welche sie meistens nicht verdauen können, weil ihre Verdauungsorgane zu schwach sind und die Folge ist, daß sich schon im kindlichen Körper die Gase der unverbauten Speisen, sowie die Rückstände der Stoffwechselprodukte anhäufen und damit das Blut noch mehr vergiftet wird, als es von Geburt aus schon war. Eine weitere Ursache der Blutverschlechterung bildet in vielen Fällen die Impfung, unter Anderen liefert der bedeutende Londoner Arzt Dr. Burnett zahlreiche Beweise, wie die Impfung nicht nur bei Kindern, sondern auch bei Erwachsenen die verschiedenartigsten Krankheiten hervorruft. Auch die Rückfälle schlecht ausgeheilter Geschlechtskrankheiten bilden oft die Grundlage lebenslänglicher Blutverderbnis und verschulden so häufig das Siechtum und die verschiedensten Krankheiten der Kinder. Aber auch zu starke und giftige Arzneigaben, wie von Quecksilber, Chinin, Morphinum, Chloralhydrat und vieles Andere schaden dem menschlichen Körper, verschlechtern die Konstitution, den Blutzustand desselben und legen den Grund zu mancherlei Krankheiten. Ich habe hier die hauptsächlichsten Ursachen der Blutverderbnis aufgeführt, es giebt aber auch noch manche andere, wie z. B. übermäßiger Genuß geistiger Getränke zc.

Die Folgen der Blutentmischung und der Blutarth machen sich aber bei jedem davon betroffenen Menschen bemerkbar in seinem ganzen Wesen, in seinem Arbeiten, seinen Handlungen. Die heutige kapitalistische Produktionsweise zwingt aber die Menschen zu rastloser, bis zu äußerster Anspannung der Kräfte gehenden körperlichen und geistigen Thätigkeit, und diesen Anforderungen sind gar zu Viele in Folge ihrer schlechten Körperkonstitution nicht gewachsen, sie erschöpfen ihre Kräfte zu rasch und die häufige Folge davon ist dann die sogenannte Auszehrung oder Schwindsucht. Die Arbeiterklasse ist deshalb gezwungen, der Ausbeutung ihrer Kräfte immer engeren Grenzen zu ziehen, um somit ihre Nachkommen vor der gänzlichen Degenerierung zu bewahren.

Ich komme nun zu der Frage, wie sich die Schwinds-

weisend, namentlich verweigerte derselbe die Wieder-einstellung des Gemafregelten; er verlangte baldigen Bescheid, um sich eventuell sofort nach Leipzig zu wenden und von dort die nach seiner Meinung immer bereiten Arbeitswilligen telegraphisch zu verlangen, oder aber, wenn dieser Versuch nicht glücken sollte, den Betrieb auf einige Wochen einzustellen. Nach einer nochmaligen Verhandlung wurde zwar nicht die Einstellung des Gemafregelten erreicht, dagegen aber die Stundenlöhne auf 35 Pf. Minimum festgesetzt; Einige erhalten bis 38 Pf. Als Minimallohn 36 Pf. zu zahlen, konnte sich der Direktor nur bereit erklären unter der Bedingung, daß er dann mehrere Arbeiter entlassen müßte, die angeblich diesen Lohn nicht verdienen könnten.

Die Kollegen gaben sich damit zufrieden und nahmen nach vierstündiger Arbeitsverweigerung die Beschäftigung wieder auf. Auch die Kolleginnen erhielten einige Aufbesserungen.

Als Ursache dieser ganzen Uebelstände und somit auch des Streikes wird der Werkführer Röder und sein sonderbares Verhalten den Arbeitern gegenüber genannt. Dieser, der seine technische Unfähigkeit zur Leitung eines solchen großen Betriebs durch Schneidigkeit im Lohn-zwaden zu verdecken sucht, scheint dadurch die materielle Sicherstellung des Betriebs haben zu wollen, daß er versucht, aus der Haut der Arbeiter Riemen zu schneiden. War immerhin das Verhalten des Direktors lange in einigen Punkten auch nicht ganz frei von einer gewissen Grobhaftigkeit, so läßt sich doch mit ihm in anständiger Weise unterhandeln und verkehren, wie mit Vorgenannten.

So hat der Ausgang dieser Angelegenheit einige Vortheile für die dort Beschäftigten gehabt, es hätten bessere Erfolge erzielt werden können, wenn die Einigkeit selbst unter dem Personal eine festere gewesen wäre. Namentlich verdient das Verhalten der Kolleginnen einen Tadel, sie sollten sich ein Beispiel nehmen an ihren Geschlechtsgenossen in anderen Städten, so namentlich in Berlin, wo die Arbeiterinnen noch zu jeder Zeit und bei jeder Bewegung im Vordergrund standen. Diesem Umstand verdanken sie aber auch ihre höheren Löhne und ihre anständige Behandlung von Seiten der Arbeitgeber.

Gewerkschaftskongresse.

Ueber die in der Pfingstwoche abgehaltenen Kongresse berichten wir kurz hiermit.

Die **Metallarbeiter** tagten in Nürnberg in

sucht einigermaßen bekämpfen läßt, denn sie ganz zu beiseite, ist unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen eine Unmöglichkeit. Um die Anlage, die Entwicklung zur Proletarierkrankheit zu bekämpfen, dazu gehört vor allen Dingen Aufbesserung der Konstitution des Blutzustandes beim Kinde, wie beim Erwachsenen, durch Zuführung passender Nahrungsmittel, aber auch passender Arzneien, damit erstens die Nahrungsmittel richtig verdaut werden und zweitens der Körper, das Blut gereinigt wird, denn ohne Befreiung des Körpers von seinen schlechten, giftigen Säften kommt keine wahrhafte, bessere Ernährung, keine dauerhafte Kräftigung zu Stande.

Kleine Kinder werden vortheilhaft ernährt mit guter Milch, dann mit Haferluppen, Haferklein, Hafermehlbrei, später, sobald die Verdauung kräftiger wird, also etwa im zweiten Jahre, mit Leguminosenpräparaten, namentlich solcher von Hartenstein, bei englischer Krankheit ist auch der Gebrauch von Weizenmehl in Suppen- und Brei form von großem Nutzen für die Kinder. Nach dem Urtheil der Aerzte giebt es in Italien, wo viel Weizenmehl zu allerhand Speisen verbraucht wird, nur wenig rachitische Kinder. Für Erwachsene paßt am besten die gemischte Kost, zu viel Fleischkost schädigt unbedingt den Körper, zerstört die Gewebe, anstatt sie aufzubauen und zu kräftigen. Hülsenfrüchte, Käse und Fische enthalten vollkommen so viel Nährwerth als das Fleisch; indessen beobachte Jeder seine Verdauung, Jeder esse besonders die Speisen, die er gut verdauen kann, Keiner sei ein Sklave seiner Zunge, denn unvollständig verdaute Speisen liefern neue Gase, neue faulige Blutstoffe zum Schaden des Körpers.

Ganz besonders müssen die Arbeiter darauf halten und es durchsetzen, daß ihre Arbeitslokale gut ventiliert werden, durch bloßes Fensteröffnen ist dies besonders in der kühleren Jahreszeit gar nicht möglich, es giebt nachgerade Apparate genug, die eine gute genügende Ventilation ermöglichen. Denn gute Luft erzeugt Appetit und gute Verdauung, und dies sind die Vorbedingungen zur Aufhilfe und Kräftigung des Körpers.

Anwesenheit von 178 Delegirten. Nach dem Geschäftsbericht des Vorstandes zählte der Verband am Jahres-schluß 1900 in 398 Zahlstellen 100 762 Mitglieder. Eingetreten sind im Jahre 1900 69 205 Mitglieder, gestrichen mußten 53 526 werden. Angriffsstreiks wurden 87 geführt, von denen 29 erfolgreich, 40 theilweise erfolgreich und 16 erfolglos beendet wurden. Abwehrstreiks wurden 131 geführt, von denen 12 mit Erfolg, 27 mit theilweisem Erfolg und 49 erfolglos endeten. Eine vom Vorstand an die Unterstützungszuschauer gegebene Anleitung hatte zur Folge, daß mit größerer Gewissenhaftigkeit verfahren wurde, wodurch der Verband etwa 10 000 bis 15 000 Mk. profitirte. Der Geschäftsbericht gab Anlaß zu einer längeren, erregten Debatte, in der dem Vorstand verschiedentlich Krügen ertheilt wurden. Die Stellungnahme des Vorstandes zur Weisfeier wird verschiedentlich kritisiert, ebenso die Anstellung der Hilfsbeamten, die der Vorstand angeblich eigenmächtig vollzogen haben soll. Desgleichen mißfiel die Delegation der zwei Berliner zum internationalen Kongreß nach Paris. Auch die Berliner Angelegenheit, betreffs Anstellung eines Beamten, führte zu lebhaften Auseinandersetzungen. Der Zentralvorstand hatte einem als Anarchisten bekannten, von den Berliner Mitgliedern gewählten Beamten die Bestätigung versagt. Der Berliner Beamte Rätzer soll über das Vorleben desselben bei der Polizei Erkundigungen eingezogen haben. Schließlich wird dem Vorstand Entlastung ertheilt, nachdem vorher mit großer Majorität ein Antrag Dortmund angenommen worden war, der besagt: Die fünfte Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes protestirt gegen das eigenmächtige Auflösen von Generalversammlungsbeschlüssen durch den Hauptvorstand.

Ueber die Agitation referirte Segitz, der den Vorschlag macht, zur besseren Betreibung derselben den Verband in zehn Gaue einzutheilen, mit besoldeten Vorstehern an der Spitze. Den Ausführungen wurde im Allgemeinen zugestimmt und beschlossen, das Referat drucken zu lassen und unter die Mitglieder zu vertheilen. Die Versicherung der Gewerkschaftsbeamten wurde auf Einwendung Legiens zurückgestellt, da die General-kommission zum nächsten Gewerkschaftskongreß mit einem diesbezüglichen Vorschlag hervortreten will. Zur redaktionellen Haltung der Fachzeitung werden einige Wünsche laut, die in der Hauptsache darin gipfeln, die Versammlungsberichte zu kürzen, um dadurch Raum für sozialpolitische, fachgewerbliche u. Artikel zu gewinnen. Sodann wird im Anschluß an ein Referat über den

Zeh führe noch an, daß das Essen von Obst und grünem Gemüse ganz besonders die Blutreinigung befördert.

Nunmehr komme ich wieder auf den schon Anfangs erwähnten Artikel der „Buchbinder-Zeitung“ zurück, in welchem von dem Dr. Simon, sowie von dem schwedischen Ingenieur E. Hennefeld ausgeführt wird, daß durch die Einathmung von Cellulosedämpfen eine Anzahl Lungen-tranker geheilt sei.

Diese Dämpfe enthalten Mercaptane, Schwefelwasserstoff u. c. Diesen Mittheilungen möchte ich zuerst noch eine andere hinzufügen, welche von dem nunmehr verstorbenen Dr. Verster in Regensburg herrührt. Er sagt: „Bald nach Entdeckung des Tuberkelbazillus als Erreger der Lungenschwindsucht schreibt Herr Julius Kircher in der Zeitschrift des österreichischen Apotheker-vereins: „Ich betreibe seit 44 Jahren eine Ultramarin-fabrik und wird bei meinem Verfahren eine große Menge Schwefel verdampt und verbrannt. Keiner meiner vielen Arbeiter wurde je an der Lungenschwindsucht leidend, obgleich Schwindsüchtige häufig als Arbeiter eintraten. Einige Wochen in den Dämpfen des Schwefels lebend, wurden sie wieder kräftig. Alle Krankheiten, die durch Infektion erzeugt wurden, selbst die Cholera, blieben meiner Fabrik ferne. Man bringe deshalb Lungenchwindsüchtige in Räume, worin ständig kleine Quantitäten Schwefel, 3 bis 6 Gramm, über eine Spirituslampe oder noch besser auf dem warmen Ofen verbrannt werden; man wird bald einen größeren Husten-reiz und vermehrten Auswurf bemerken. Nach 8 bis 10 Tagen legt sich dieser Reiz, da die Bazillen allmählig absterben und aufhören, einen Reiz auf das Lungengewebe auszuüben. Möge diese meine Erfahrung und dieses erprobte Mittel der leidenden Menschheit zum Heile werden.“

Aus diesen Mittheilungen ist zu schließen, daß auch bei den Cellulosedämpfen der Schwefel es ist, welcher die Heilungen hervorbrachte und zwar zuerst durch allmähliche Anschauung der Tuberkelbazillen; die Wirkungen des Schwefels sind aber viel weitgehender, als es hier ausgeführt wurde, er ist nämlich eines der

Gewerkschaftskongreß Klage geführt, daß die General-kommission die keinen Branchenorganisationen (z. B. Schmiede) protegirte. Der Vertreter der General-kommission verteidigt dieselbe dagegen. Zur Weisfeier wurde eine Resolution angenommen, die verlangt, daß in den Betrieben, wo drei Fünftel der Arbeiter organisiert sind und bei einer Abstimmung die Mehrheit sich dafür erklärt, die Arbeitseube eintreten soll. Nach Bewilligung von 1000 Mk. für die Cunevalder Weber und Annahme einer Protestrevolution gegen die Erhöhung der Zölle erfolgte Schluß der Generalversamm-lung.

Die **Bergarbeiter** hielten in Kassel ihre zwölfte Generalversammlung ab, in Gegenwart von 72 Dele-girten. Der Verband zählte am Ende des Jahres 1900 36 410 Mitglieder, die Einnahmen betragen 215 186 Mk. Der Bericht klagt über Mangel an geeigneten agita-torischen Kräften und Verfolgung der Organisation durch Polizei und Unternehmer, wodurch die Ausbreitung der Gewerkschaft sehr gehindert wurde. Die größte Zahl der Zweigvereine besitze nicht einmal ein Versammlungs-lokal, da die Saalinhaber Furcht vor polizeilichen Maß-nahmen hätten.

Der Vorsitzende Möller führte im Bericht Klage über das Verhalten des christlichen Bergarbeiterführers Brust, dessen Thätigkeit für die Bergarbeiter von sehr zweifelhaftem Werthe sei. Die neueren, von diesem bekannt gewordenen Vorkommnisse mögen wesentlich dazu beigetragen haben, daß in der folgenden Diskussion vielfach die Ansicht zu Tage trat, man solle die Neutralitäts-erklärung des Verbandes nicht zu sehr auf die Spitze treiben. Beide Redakteure des Fachblatts gehen in dieser Beziehung ebenfalls mit ihren Ansichten etwas aus-einander. Auch in der Statutenberatung spielte die Neutralitätsfrage eine große Rolle. Die Statuten-berathungskommission hatte der Versammlung den Vor-schlag gemacht, in dem neuen Statut nur den Passus aufzunehmen: „Unser Verband ist unabhängig von allen parteipolitischen und religiösen Gemeinschaften“, während es in dem alten Statut weiter heißt: Diskussionen über parteipolitische oder religiöse Fragen sind innerhalb der Organisation verboten. Mit Lebhaftigkeit trat Redakteur Hus als neutraler Gewerkschaftler für Weibehaltung der bisherigen Fassung des alten Statuts ein. Er meint, daß, wenn man dem Vorschlag der Statutenberathungs-kommission seine Zustimmung geben will, unser Verband auf alle Fälle ins parteipolitische Fahrwasser hinein-segeln würde. Der Verband zähle Angehörige aller

besten Mittel zum Blutreinigen, mag er nun ein-gesathmet oder in ganz minimalen Gaben zum innerlichen Gebrauch benützt werden. Es berührt eigen-thümlich, daß so viele Aerzte ihre wohlhabenden Patienten nach Nachen schicken, um durch Gebrauch der dortigen Schwefelquellen ihr verdorbenes Blut los zu werden und damit ihren Körper wieder zu kräftigen. Das schwefelhaltige Wasser ließe sich doch jedenfalls auch verschicken, es könnte auf diese Weise auch zum Nutzen der übrigen Klassen und nicht nur der Wohlhabenden ver-wendet werden. Bei stropfplüßen Kindern möge man den Schwefel oder Sulphur innerlich längere Zeit in Gebrauch nehmen, er wird in vielen Fällen zur Ge-sundung des Körpers genügen, in manchen Fällen werden allerdings auch noch andere Mittel nothwendig sein. Bei Erwachsenen ist der Gebrauch derselbe, aber Jeder beachte den Grundsatz: Frühzeitig der Krankheit vor-beugen ist besser, als dieselbe erst zum Ausbruch kommen lassen. Zum innerlichen Gebrauch genügt es, wenn man auf ein Weinglas voll Wasser eine Messerspitze Schwefelpulver nimmt, tüchtig umrührt und davon täglich zweimal einen Theelöffel voll nimmt. Schwer Lungenkranke mögen jedoch bedenken, daß der Gebrauch des Schwefels, gleichviel ob in Dämpfen eingesathmet oder als Arznei genommen, zuerst den Körper angreift, sie mögen zuerst erwägen, ob sie noch die nöthige Kraft zu einer Schwefelkur haben und wenn nicht, davon ab-sehen.

Zeh will noch bemerken, daß der Schwefel seit mehr als 100 Jahren vielen Aerzten als vorzügliches Heil-mittel bekannt ist, aber das Gute, die Wahrheit bohrt sich nur langsam durch, bricht sich nur langsam Bahn. Wenn durch den Gebrauch des Schwefels Ausschläge herauskommen, so ist das ein günstiges Zeichen; der Körper will sich dadurch frei machen von Krankheits-stoffen. Diese Ausschläge dürfen aber niemals durch Salben abgeheilt werden, sie heilen von selber, wenn der Körper sich genügend gereinigt hat. Auch das schwierige Laufenlernen der Kinder wird oft durch den innerlichen Gebrauch des Schwefels beseitigt. H.

Parteien zu seinen Mitgliedern und mit demselben Rechte, wie man von den Mitgliedern sozialdemokratische Artikel aufzunehmen habe, müsse man auch den Angehörigen anderer Parteien, die zu unseren Mitgliedern zählen, Artikel in ihrem parteipolitischen Sinne aufnehmen. Nebner warnt die Delegierten im Interesse des Verbandes, dem Kommissionsvorschlag zuzustimmen. Schwarz-Eikel vertrat den entgegengesetzten Standpunkt. Auf Antrag Hus fand namentliche Abstimmung statt. Die Fassung des alten Statuts, wonach Diskussionen über parteipolitische oder religiöse Fragen innerhalb des Verbandes verboten sind, wurde wieder hergestellt mit mehr als zwei Drittel Majorität.

Von Bedeutung ist außerdem der Beschluß, einen Streikfonds zu bilden, zu dem jedes Mitglied monatlich 50 Pf. zahlen soll. Für die Pensionierung der Beamten sprach man sich im Prinzip aus. Der Verband führt fortan den Titel: Verband deutscher Bergleute. Zur Annahme gelangte hier ebenfalls eine Resolution gegen die Erhöhung der Lebensmittelzölle.

Die dritte Generalversammlung der **Bildhauer** tagte in Dresden. 23 Delegierte vertraten 4521 Mitglieder. Die im Verbandsorganisierten repräsentieren etwa 70 Prozent der im Beruf Tätigen. Für Streiks wurden vorausgesehen 7469 Mt., für Arbeitslosigkeit am Orte 46376 Mt., auf der Reise 10379 Mt. Das Verbandsvermögen beträgt 56491 Mt. Zur Verabreichung standen etwa 100 Anträge, die meist nur Interesse für die Bildhauer haben. Mit 21 gegen 2 Stimmen wurde die Erhöhung des Beitrages von wöchentlich 50 auf 65 Pf. beschlossen, davon sollen 5 Pf. zur Ansammlung eines Reservefonds extra verwaltet werden. Die Arbeitslosenunterstützung wurde von 1 Mt. auf 1,25 Mt. pro Tag erhöht. Beschlossen wurde weiter, den Kollegen, welche aus anderen Gewerkschaften übertreten, sofern sie 26 Wochenbeiträge geleistet haben, die 50 Pf. Eintrittsgeld zu erlassen. Man hofft damit auf viele Kollegen, die im konkurrierenden Holzarbeiterverband organisiert sind, einzuwirken. Ferner sollen die im Holzarbeiterverband organisierten Bildhauer, 300—400, als vollberechtigte Mitglieder unter Fortfall der Karenzzeit in den Bildhauerverband übernommen werden, wenn sie ihren Beitritt vor dem 1. Januar 1902 erklären und ein Jahr dem Holzarbeiterverband angehört haben. Die Gewerkschaftsbeamten wurden sämtlich wiedergewählt und das Einkommen des Vorsitzenden Dupont auf 2600 Mt., das des Kassiers auf 2250 Mt. erhöht und den Beamten 14 Tage Ferien zugestanden.

Die **Töpfer** hielten ihren fünften Verbandstag in Magdeburg ab. Anwesend waren 37 Delegierte. Die Mitgliederzahl betrug mit Jahreschluss 6831, der Kassenbestand 21766 Mt. Nach der Berichterstattung kam die Taktik bei Lohnbewegungen zur Sprache, in der vom Vorsitzenden der Streik der Dresdener mißbilligt wurde. Zur Annahme gelangten sodann drei Resolutionen, deren erste verlangt, daß die Filialen am Orte allmonatlich einen Bericht über die Lage des Arbeitsmarktes einsenden sollen. Die zweite Resolution verurteilt die Akkordarbeit und will behufs allmählicher Beseitigung derselben bei Feststellung von Tarifen die Festschließung einer Maximalgrenze des Verdienstes. Die dritte Resolution fordert reichsweite Regelung des Bauarbeiterschutzes.

Sodann kam das Unterstützungswesen zur Debatte. Der wichtigste Teil, die Krankenunterstützung, wurde mit 23 gegen 14 Stimmen angenommen; allerdings soll sie zunächst nur probeweise für das Jahr 1902 eingeführt werden; die Einschränkung hat aber weniger Bedeutung, da die Vorbereitungen ohnehin den Rest des Jahres 1901 in Anspruch genommen hätten. Die Reiseunterstützung wurde einstimmig, die Sterbeunterstützung mit 36 gegen 1 Stimme angenommen; stärker war die Minderheit bei der mit 29 gegen 8 Stimmen angenommenen Umzugsunterstützung, gegen die auch die Berliner stimmten. Mit 35 gegen 2 Stimmen fand ein Antrag Annahme, wonach arbeitslose verheiratete Mitglieder, denen auswärts Arbeit nachgewiesen wird, bis zu 10 Mt. Reisegeld erhalten. Für die Berechnung der Karenzzeit und der Dauer der Mitgliedschaft sollen die Beschlüsse rückwirkende Kraft bis zum 1. Januar 1901 haben. Bezüglich der Arbeitslosenunterstützung wurde der Vorstand beauftragt, halbwegs das nötige Material zu sammeln und zu bearbeiten; er soll dann durch eine Urabstimmung über die Frage entscheiden lassen.

Die Beiträge werden auf 30, 40 und 50 Pf. festgesetzt. Nach Erledigung einiger weiteren Anträge entstand eine erregte Debatte über den Sitz und die Wahl des Ausschusses. Man wollte bemerkt haben, daß der Vorstand mit dem Ausschuss zu sehr unter einer Decke

stehe. Schließlich wurde Dresden mit 23 von 37 Stimmen als Vorort wiedergewählt. Ein dritter Beamter wurde mit 1800 Mt. Gehalt angestellt.

Die **Glasarbeiter** tagten in Fürth in Bayern. 77 Delegierte vertraten eine Mitgliederzahl von rund 9000. Wie gewaltig diese Organisation sich in der letzten Zeit ausgebreitet hat, ist aus der Tatsache zu ersehen, daß am Ende März 1899 nur rund 4000 Mitglieder zu verzeichnen waren. Die Einnahmen belaufen sich auf 84353 Mt., die Ausgaben auf 73543 Mt. Der Verband befindet sich bekanntlich im schweren Kampfe in Schwanstein und Nienburg und wurde deshalb über die fernere Taktik in demselben lebhaft diskutiert. Von dem von einer Seite gemachten Vorschlag: in einen Generalstreik der Grönglasbranche, an dem circa 6000 Personen beteiligt sein würden, einzutreten, wurde nach mehrfachen Erörterungen Abstand genommen, dagegen der Verbandsvorstand beauftragt, unter Hinzuziehung von in öffentlicher Stellung befindlichen geeigneten Personen, Unterhandlungen mit den vom Streit betroffenen Fabrikanten oder mit dem Fabrikantenring bezüglich Beilegung der Streiks anzuknüpfen versuchen. Nachdem dieses geschehen, hat der Vorstand unter Hinzuziehung von Vertretern der Organisation über weitere zu unternehmende Schritte zu beschließen.

Die Beiträge wurden erhöht und in vier Klassen also festgesetzt: Bei einem Jahreseinkommen von 500 Mt. 15 Pf., bei 700 Mt. 20 Pf., bei 1000 Mt. 25 Pf. und bei über 1000 Mt. 30 Pf.

Fast einen vollen Tag nahm die Debatte darüber in Anspruch, ob das Fachblatt im Privateigentum des Verlegers und Redakteurs bleiben, oder in den Besitz des Verbandes übergehen soll. Es wird beschlossen, bis auf Weiteres es bei dem bisherigen Verhältnis zu belassen und wird der Vorstand beauftragt, der nächsten Generalversammlung Berechnungen darüber vorzulegen, wie sich die Ausgabe gestalten wird, wenn das Blatt Eigentum des Verbandes wird. Der Vertrag mit dem Verleger wird erneuert, doch werden die Bezugspreise herabgesetzt. Der Verleger beantragt, daß ihm Gerichts- und Gefängnisstrafen, die ihm in früheren Jahren entstanden sind, ersetzt werden sollten. Der gleiche Antrag war von der letzten Generalversammlung abgelehnt und auch dieses Mal fand sich keine Majorität dafür. Dagegen wurde beschlossen, daß für die Zukunft solche Kosten dem Verleger ersetzt werden, wenn sie in Folge falscher Berichterstattung aus Mitgliederkreisen entstehen.

Die Debatten über diese Punkte nahmen so viel Zeit in Anspruch, daß, obgleich einen Tag länger verhandelt wurde, als vorgesehen war, mehrere Punkte der Tagesordnung (Berichte der Delegierten und Gründung eines Streikfonds) abgesetzt wurden. Eingehende Behandlung erfahren die Anträge, welche auf Abänderung des Streikfonds gestellt sind. Trotz Widerspruch mehrerer Delegierter wird beschlossen, daß Angriffstreiks nur dann unternommen werden dürfen, wenn zwei Drittel der am Orte vorhandenen Mitglieder voll bezugsberechtigt sind. Dem Vorstand wird das Recht erteilt, einen Streik für beendet zu erklären, wenn keine Aussicht auf Erfolg vorhanden ist.

Die bisherigen Beamten wurden wiedergewählt. Das Gehalt des Vorsitzenden wird auf 2000 Mt. pro Jahr erhöht. Das Gehalt des Kassiers, der nur zum Teil seine Arbeitskraft der Organisation widmet, wird auf 750 Mt. pro Jahr festgesetzt. Der Sitz des Verbandes wird von Stralau nach Berlin verlegt. Der Sitz des Ausschusses bleibt in Dresden, der der Preßkommission in Fürth in Bayern.

Die **Christlichen Gewerkschaften** hielten in Krefeld ihren dritten Kongress ab. Nach dem gegebenen Bericht über den Gesamtverband gab es am 1. April ds. Jrs. 40 christliche Gewerkschaften und Arbeiterschutzbünde mit 164000 Mitgliedern, wovon 23 mit 82000 Mitgliedern dem Verbandsverband angehören und zwar 34000 Bergleute, 17650 Metallarbeiter, 13035 Zertilarbeiter, 4000 Maurer, 3700 Ziegler etc. Die Stellungnahme zu den übrigen (nicht „christlichen“) Gewerkschaften wurde vorläufig noch als offene Frage behandelt und eine Resolution, welche die christlichen Gewerkschaften jetzt und für alle Zukunft auf positive christliche Grundsätze festlegen wollte, mit 31 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Eine nach längerer Debatte angenommene Resolution tritt für die christlichen Zentralverbände energisch ein und fordert den Anschluß der zahlreichen bestehenden Sonderorganisationen an dieselbe. Hierauf wurde ein Referat über das Unterstützungswesen in den christlichen Gewerkschaften gehalten, das nur Mittel zum Zwecke sein dürfe, Hauptaufgabe auch dieser Organisationen sei die Erreichung besserer Lohn- und Arbeits-

bedingungen. In diesem Sinne wurde eine Resolution angenommen. In einer weiteren Resolution wird die Verleihung von Korporationsrechten und die Rechtsfähigkeit von Berufsvereinen verlangt, sofern gleichzeitig anderweitige hemmende Gesetzesbestimmungen aufgehoben und den Berufsvereinen keine anderen, die notwendige Bewegungsfreiheit derselben hindernde Verpflichtungen auferlegt werden. Weitere Verabreichungsgegenstände bildeten die Reform der Krankenversicherung und das Gewerbegesetz. In beiden Beziehungen schloß man den sich auch von anderen Seiten ausgesprochenen Wünschen an, d. h. das Krankenversicherungsgesetz soll nicht verschlechtert, vielmehr nach verschiedenen Richtungen hin verbessert und das Gewerbegesetz in der vom Reichstag beschlossenen Form vom Bundesrat angenommen, den gegenwärtigen Strömungen also keine Rechnung getragen werden. Der nächste Kongress findet 1902 in München statt.

Die Verurteilung der Berliner Streikposten!

Das ist das Ergebnis des monatelangen Kampfes, der mit der Justiz geführt wurde und der zu Ungunsten der Arbeiter verlaufen ist.

Der Verlauf der Tatsachen, welche zu diesem Kampfe führten, dürfte noch allseitig in Erinnerung sein. Anlässlich der letzten Lohnbewegung der Berliner Buchbinder wurden ca. 30 Kollegen und Kolleginnen wegen Streikpostenfesten festgenommen. Nach längerer Zeit erhielten sie durchweg Strafmandate über 30 Mt. Gegen diese polizeiliche Verfügung der Strafmandate wurde richterliche Entscheidung beantragt. Das Berliner Schöffengericht, welches sich zunächst damit zu befassen hatte, kam zur Verurteilung des Streikpostenfestens, also zur Bestätigung der Strafmandate im Prinzip, wenn auch die einzelnen Objekte von 30 Mt. vielfach herabgesetzt wurden.

Auch gegen diese Entscheidung wurde Revision eingeleitet und hatte sich nun das Landgericht I mit diesen Angelegenheiten zu befassen. Aber auch hier hatten die Berliner Kollegen nicht mehr Glück: das Streikpostenfesten blieb strafbar. Nur ein Ausweg blieb nun noch, und zwar der, das Berliner Kammergericht anzurufen. War auch vorauszusetzen, daß die Fortsetzung der Prozesse durch die verschiedenen Instanzen eine beträchtliche Summe Geldes verschlingen würde, so handelte es sich jedoch darum, einen wichtigen Faktor der Koalitionsfreiheit, — welchen die Arbeiterklasse immer noch braucht, um theils rückständige und böswillige Personen für den Verbesserungskampf ihrer Existenz zu gewinnen — vor polizeilichen Auswegskünsten zu schützen. Auch war in diesen Prozessen nichts mehr zu verlieren, sondern höchstens etwas zu gewinnen, und so entschloß man sich, kein Mittel unversucht zu lassen und legte Revision gegen die Urteile des Landgerichts beim Kammergericht ein. Aber auch hier erging es den Arbeitern nicht besser, hier erlebten sie dieselbe Enttäuschung, sie bekamen kein Recht. Das Kammergericht verwarf die Revision und das Streikpostenfesten ist strafbar.

Bei der Bedeutung, welche das Streikpostenfesten in den deutschen Gewerkschaften hat, verlohnt es sich wohl, die Gründe welche zur Verurteilung der Streikposten führten, näher darzulegen.

Zunächst will ich bemerken, daß das Streikpostenfesten eigentlich nicht strafbar ist, d. h. im juristischen Sinne. Verschiedene Richter, welche in diesen Prozessen den Vorsitz führten, hörte ich sagen: „Das Streikpostenfesten „an sich“ ist nicht strafbar.“ Wenn nun das Streikpostenfesten im juristischen Sinne nicht strafbar ist, so kommt man unwillkürlich zu der Frage: „Weshalb sind dann die Streikposten verurteilt worden?“ Und die Antwort lautet darauf: „Weil sie gegen § 132 der Strafenordnung vom 31. Dezember 1899 verstoßen haben.“

Dieser Paragraph lautet nun folgendermaßen: „Den zur Erhaltung der Sicherheit, Bequemlichkeit, Reinlichkeit und Ruhe auf der öffentlichen Straße ergebenden Anordnungen der Aufsichtsbekanntmachung ist unbedingt Folge zu leisten.“ Nach der Verurteilung auf Grund dieses Paragraphen dürfte man vielleicht annehmen, daß die Betroffenen, welche Streikposten standen, die Absicht hatten, die Ruhe durch Lärm, oder die Sicherheit vielleicht durch Schlägerei oder dergleichen zu stören. Jedoch nichts von alledem. Soweit bis jetzt bekannt ist, hat kein einziger der Streikposten gegen die guten Sitten und den Anstand verstoßen. Einzig und allein genügt zur Verurteilung der in der deutschen Rechtsprechung so häufig herangezogene dolus eventualis; d. h. in diesem Falle: der die Aussicht führende Polizeibeamte

sah die Möglichkeit voraus, daß die öffentliche Sicherheit u. s. w. gestört werden könnte und erließ in diesem Falle seine Anordnungen, welche dahingehend lauteten, der Betreffende möge sich entfernen. Kam nun der Betreffende dieser Aufforderung nicht nach, so wurde er zur Wache sistirt und nach Feststellung seiner Personalien wieder entlassen.

Doch nun zurück zu der vorher erwähnten Angelegenheit. Das Schöffengericht hat aus den oben angeführten Gründen die Streitposten verurtheilt, ebenfalls das Landgericht und das Kammergericht. Vor dem Kammergericht wurde von der Verteidigung die Rechtsgiltigkeit der Polizei- oder Strafenordnung bestritten, jedoch der Strafsenat des Kammergerichts erklärte sie für gültig. Man gestatte mir noch einen besonders merkwürdigen Fall mitzutheilen:

Die Buchbinder G. und K. waren während der Aussperrung bei der Firma Liberty & Bauen vor einem Hause in der Mauerstraße auf- und abgegangen. Ein Schutzmännchen forderte sie auf, weiter zu gehen, sie kamen der Aufforderung nach. Nach einiger Zeit kamen sie wieder und der Schutzmännchen verbot ihnen jetzt den Aufenthalt in der Mauerstraße überhaupt und zwar zwischen der Leipziger- und der Friedrichstraße. Die Kollegen kamen diesem Verlangen nicht ganz nach, und erhielten je ein Strafmandat über 30 Mk. Der Vertreter der Angeklagten begründete vor dem Kammergericht die Revision mit folgender Motivierung: Die Angeklagten sind der ersten Aufforderung des Beamten nachgekommen, die zweite Aufforderung des Beamten sei, selbst wenn man die § 132 und 137 der Strafenordnung heranzieht, unberechtigt gewesen, da das Streikpostenstreichen gesetzlich nicht verboten sei, so suche man jetzt durch Hinterhüren dasselbe illusorisch zu machen. Jeder Schutzmännchen habe jetzt das Bewußtsein, daß der Aufenthalt eines Streikpostens in der Nähe einer Werkstätte wo gestreikt wird, zu Aufstörzungen führen könne. Man komme schließlich dahin, daß Streikenden ganze Straßenzüge verboten werden. Das Kammergericht verwarf die Revision und zwar aus folgenden Gründen: „Der Vorberrichter habe festgestellt, daß der Schutzmännchen befürchtete, es könnte zu Aufstörzungen kommen, letzterer habe nun zweifellos in seinem Rechte gehandelt, und sei die Aufforderung des Beamten korrekt gewesen, demzufolge habe das Kammergericht keine Veranlassung, von seinen früheren Entscheidungen abzuweichen.“

Da besonders in diesem Prozeß die Befürchtung des Schutzmännchens geltend gemacht wurde, so will ich noch kurz eine Verhandlung vor dem Schöffengericht streifen, in der zur Genüge bekannt wurde, wie diese Befürchtungen entstehen.

Unter anderen Zeugen wurde auch ein Schutzmännchen vernommen. Der Vorsitzende richtete an denselben die Frage, ob er glaube, daß die Ruhe und Sicherheit der Straße durch den Aufenthalt der Streikposten gefährdet sei, was der Zeuge auch bejahte. Der Verteidiger stellte jedoch an den Zeugen folgende Frage: „Haben Sie von oben herab Befehl erhalten, jeden Streikposten fortzuweisen?“ Obwohl ihn der Präsident darauf aufmerksam machte, daß er keine Aussage verweigern könnte, wenn er glaube, die Amtsverschwiegenheit zu verletzen, so antwortete der Zeuge jedoch, daß er Befehl erhalten habe, jeden Streikposten zu entfernen. — So kommt also die Befürchtung des Schutzmännchens zu Stande! Durch diese Entscheidungen, die nun ergangen sind, ist das Streikpostenstreichen zur Unmöglichkeit gemacht.

In der Praxis wird sich nun die Sache folgendermaßen abwickeln: Läßt sich ein Streikposten auf einem Grundstück sehen, wo gestreikt wird, so kommt erst der Wirth oder sein Vertreter und zeigt dem Mann, wo sich die Straße befindet. Ist nun dieser dahin gelangt, so wird ein Schutzmännchen — der ja bei derartigen Anlässen stets zur Stelle sein wird — für gütige Weiterbeförderung sorgen, und schließlich so, daß der Streikposten die umliegenden Straßenzüge, wie es schon bagewesen ist, überhaupt meiden muß.

Nach alledem wird das Streikpostenstreichen mit großen Schwierigkeiten verknüpft sein. Erregte nun schon die behördliche Fürsorge für die Buchbinderstreikposten in der Gewerkschaftsbewegung großes Aufsehen, so ist dieses Aufsehen bei weitem überholt durch Strafmandate, welche 56 Berliner Schutzmännchenstreikposten erhielten. Diese Aktion ist noch nicht zu Ende, jedoch sind bis jetzt auf diese Strafmandate über 1500 Mk. zu zahlen.

Das einzige Mittel wäre wohl, dieses Material zu sammeln und an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu senden, damit diese Angelegenheit mal im Reichstag erörtert werden kann. A. S.

Korrespondenzen.

München. Am Samstag den 1. Juni fand hier selbst eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Extrasteuer; 2. Gewerkschaftliches; 3. Verschiedenes.

Wie bei der Einführung der Extrasteuer, so fand auch jetzt bei der Reduzierung der Extrabeiträge eine endlose Debatte statt. Es wurde seitens unseres Vorsitzenden der Vorschlag gemacht, den Beitrag auf 40 Pf. festzusetzen, die übrigen 5 Pf. aber der Lokalkasse zu überweisen zu Unterstützungszwecken: bei Krankheiten, bei dem Tode der Frau oder des Kindes, sowie auch bei dem Tode des Mannes der Frau eine Unterstützung zu gewähren. Andererseits wurde auch die Meinung geäußert, das Geld zu Arbeitslosen- und Streikunterstützungen zu verwenden. Diese Anregungen wurden speziell von älteren Kollegen gemacht mit der Motivierung, daß die älteren am Dreieck befindlichen Kollegen weniger Nutzen vom Verband haben, sondern nur immer zahlen müßten. Was das Münchensche vom Verbandsvorstand in Sachen der Extrasteuer anbetrifft, so wurde diesem auch von den Kollegen zugestimmt. Nach anberthaltstündiger Debatte wurde auf Antrag des Kollegen Widmann beschlossen, eine Urabstimmung vorzunehmen, durch die eine Festsetzung der Beitragssätze erfolgen soll. Zur Urabstimmung sind allerdings zwei Punkte zu berücksichtigen: 1. Soll ein Extrabeitrag von 5 Pf. pro Woche und außerdem ein solcher für das Arbeitersekretariat erhoben werden? oder: 2. Soll ein Extrabeitrag von 5 Pf. inklusive des Beitrags für das Sekretariat erhoben werden?

Der Gewerkschaftsbericht konnte nicht vollständig gegeben werden, da unser Delegirter erst ein halbes Jahr Delegirter ist. Der Bericht liegt jedoch gedruckt vor.

Unter Verschiedenem kommt ein ganz interessanter Fall zur Sprache. Wie bekannt, ist in letzter Zeit ein Gesetz erschienen, in welchem dem in Verkaufslokalitäten beheimenden Personal Sitzgelegenheit geboten werden soll. Allerdings suchen die Herren Geschäftsinhaber auch diese Bestimmung in der Art auszunützen, indem sie sich aus Buchdruckerien Falzarbeiten kommen lassen und dieselben zu niedrigeren Preisen anfertigen. Es wurde beschlossen, diesen Fall in der Tagespresse zu veröffentlichen und Schritte zu thun, um der Sache Einhalt zu gebieten.

Leipzig. Im Saale des Pantheon tagte am 8. Juni eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: 1. Die jetzige Situation in unserem Berufe, die Maßregelungen seitens der Prinzipale und die Notwendigkeit einer lokalen Extrasteuer. 2. Vorschläge zu einem Verbandsbevollmächtigten. 3. Gewerkschaftliches. Nachdem die Versammlung durch Kollegen Eberhardt eröffnet ist und das Bureau sich konstituiert hat, wird, da der Referent zu Punkt 1, Kollege Kloth, noch nicht anwesend ist, nach Zustimmung der Versammlung Punkt 2 zuerst behandelt. Es wird von den vorgeschlagenen Kandidaten für den Posten des Bevollmächtigten einstimmig Kollege Galisch als der Geeignteste hierzu dem Verbandsvorstand zur Befähigung empfohlen. Kollege Galisch erläutert kurz die Gründe, die ihn zur Annahme der Kandidatur veranlassen, und verpricht, stets für das Wachsen und Gedeihen des Verbandes zum Wohle der Mitglieder eintreten zu wollen. Hierauf nimmt zu Punkt 1 Kollege Kloth, der inzwischen eingetroffen ist, das Wort, die gegenwärtige Situation eingehend beleuchtend. Er unterzieht die von verschiedenen Prinzipalen hier vorgenommenen Maßnahmen gegen uns, als da sind: Entlassungen und Maßregelungen derjenigen Kollegen, die irgend für den Tarif oder für ihre Kollegen iätig sind und noch diverse andere Verhöbe und Durchbrechungen, einer eingehenden Kritik. Hierauf bespricht Referent die von dem Buchbinderbesitzerverband erlassene neue Geschäfts- resp. Arbeitsordnung, und fordert auf, auch trotz des momentan flauen Geschäftsganges doch überall gegen dieselbe energisch zu protestieren, wo sie auftauchen sollte. Weiter begründet Referent die Notwendigkeit, nach Wegfall der Verbandsextrasteuer, eine lokale Extrasteuer von 10 Pf. pro Woche weiter beizubehalten, um durch eine gefüllte Kasse den Unternehmern ein Paroli bieten zu können gegen deren unqualifizierbaren Angriffe auf uns und unsere Organisation. Der Referent, sowie mehrere der folgenden Redner sprechen mit scharfen Worten ihre Mißbilligung gegen die Entlassungen und das Verhalten der Hamburger Kollegen aus, die doch am besten aus eigener Erfahrung wissen müßten, was uns nöthig und dienlich ist. Kollege Kloth schließt unter großen Beifall mit der nochmaligen Aufforderung, geschlossen für Beibehaltung der Extrasteuer

zu stimmen. Kollege Pfüke bespricht das arrogante Verhalten des Direktors der Dampfdruckerei A.-G. vorm. F. A. Barthel, H. Petermann, der wegen einer Forderung von noch nicht 5 Mk., sich zweimal vor das Tariffchiedsgericht und dreimal vor das Gewerkschaftsgericht zitiern ließ, ehe er bezahlte.

Hierauf verliest der Vorsitzende die eingegangenen Resolutionen, welche auch einstimmig angenommen wurden.

„Die heute, den 8. Juni d. J., stattfindende gut besuchte öffentliche Buchbinderversammlung verurtheilt aufs Entschiedenste die fortgesetzt stattfindenden Maßregelungen z. B. in den Firmen: Buchbinder A.-G. vorm. Gust. Frischke, F. A. Barthel, Knauer &c.“

Im Weiteren protestieren die Anwesenden ganz entschieden gegen die Einführung der vom Prinzipalverband in Aussicht gestellten und in einigen Werkstätten bereits ausgehängten Geschäftsordnung. Sie beauftragen die Tariffkommission und den Verbandsvorstand, in dieser Angelegenheit beim Vorstand des Prinzipalverbandes Proteste einzulegen.

Weiter spricht die Versammlung der Firma Dampfdruckerei A.-G. vorm. F. A. Barthel, betreffs der Handlungsweise der Leitung dieses Geschäftes, ihr tiefstes Mißfallen aus, weil diese als Mitglied des Unternehmerverbandes sich nicht dem Urtheil des beruflichen Schiedsgerichts gefügt hat. Die Tariffkommission wird deshalb beauftragt, beim Vorstand des Prinzipalverbandes anzufragen, wie sich der Buchbinderbesitzerverband zu solchen Firmen stellt. Die Versammelten glauben sich um so mehr zu dieser Anfrage berechtigt, als der Vorsitzende des Prinzipalverbandes, H. Sperling, gelegentlich der Einigungsverhandlungen erklärte: „So viel moralischen Einfluß besitze der Verband auf seine Mitglieder, um sie zum Bezahlen des Tarifs zu veranlassen.“

„Die öffentliche Buchbinderversammlung erklärt sich für Beibehaltung der Extrasteuer von 10 Pf. für die männlichen Verbandsmitglieder Leipzigs, mit Ausnahme der Portefeuiliers, Stuis- und Galanteriearbeiter. Sie hält diese Steuer zur Stärkung des Unterstützungsfonds für notwendig, um die fortgesetzten Maßregelungen tätiger Kollegen unwirksam und die Ausgestaltung tariflicher Verhältnisse energischer betreiben zu können. Weiter ist eine Urabstimmung unter den Verbandsmitgliedern in Leipzig zu veranlassen.“

Zu Punkt 3 der Tagesordnung ergreifen verschiedene Kollegen das Wort, um über Mißstände in den betreffenden Betrieben zu berichten, z. B. bei Frischke wagen es die Werkführer der Vorrichterabtheilung nicht, Herrn Frischke gegenüber die Bezahlung von Lieberstundenprozenten zu verantworten. Sie veranlassen die Arbeiter respektive Arbeiterinnen, statt dessen einige Stunden Zeit, respektive einige 1000 Bogen mehr zu berechnen, die dann auch zur Auszahlung gelangen. Herr Faktor Böhm, der anwesend ist, wird aufgefordert, sich hierzu zu äußern; er zieht es aber vor, sich in beschleunigtem Tempo rückwärts zu konzentriren und zu verschwinden. Ein Herr Wölkner, ebenfalls Werkführer bei Frischke, habe im Laufe des verfloffenen Winters mit einem Kollegen einen Zug durch einige dem Wachs und der Venus geweichte Tempel unternommen. Betreffender Kollege mußte natürlich die Unkosten decken, wofür er durch Zuwendung besserer Arbeit und bößerer Bezahlung seinen Schaden wieder bekommen sollte &c. Kollege Frischke schlägt vor, die Tariffkommission soll beauftragt werden, von der Prinzipalkommission ein Verzeichnis der tariftreuen Firmen einzufordern und zu verlangen, daß die sogenannten ständigen Tariffbinder aus demselben, respektive dem Buchbinderbesitzerverband zu entfernen sind. Nachdem noch einige der kräftigsten Maßnahmen kritisiert sind, fordert der Bevollmächtigte auf, den Zugang nach München zu unterlassen, um die dortigen Kollegen nicht zu schädigen.

Nachdem Kollege Schröder noch auf das nächsten Sonntag im Albertgarten stattfindende Sommerfest des Fachvereins hinwies und zu recht regem Besuch aufgefordert hat, folgt Schluß der gut besuchten Versammlung. A. B.

Dresden. Dank der unverzeihlichen (wir wollen nicht hoffen böswilligen) Jährlichkeit des als Schriftführer in den Versammlungen vom 4. und 18. Mai fungirenden Kollegen Kierschke ist seit Wochen kein Bericht von Dresden mehr gegeben worden. In der Versammlung vom 2. Juni kam es noch schöner, da in dieser die Wahl eines Schriftführers überhaupt nicht zu Stande kam, da sich sämmtliche dazu etwa Verufenen bei der Wahl brühten oder direkt ablehnten. Ein wahrhaft erhebendes Schauspiel! So sieht sich Unterzeichneter veranlaßt, alle drei Berichte selbst geben zu müssen.

Die Versammlung vom 4. Mai beschäftigte sich mit unserer ferneren Taktik. Der frühere Bevollmächtigte Kohl dankte bekanntlich ab, da sein Wunsch, die Dresdener beruflichen Verhältnisse mittelst eines Lokalvereins zu heben, bezw. mittels dieses Vereins bei niederen Beiträgen eine größere Masse zu organisieren, bei den meisten hiesigen Kollegen auf Widerstand und Misstrauen stieß. Dies aus Grund dessen, daß Kohl als begeisterter Lokalist von jeher bekannt gewesen ist, und im Grunde des Herzens wohl auch noch heute ist. Der neue Bevollmächtigte schlug der Versammlung vor, für die Zukunft folgende Taktik einzuschlagen: Um uns die jetzigen Mitglieder zu erhalten, und ihr Interesse an unserer Sache nicht erlahmen zu lassen, wird die Buchbinderzeitung durch Kollegen jede Woche ins Haus gebracht. Gleichzeitig werden diese Kollegen die Beiträge kassieren, um das Kassieren möglichst zu vermeiden.

Als weiteres Mittel, neue Mitglieder zu werben, empfiehlt der Bevollmächtigte die Versendung eines Flugblattes an die Unorganisierten, dann später die Abhaltung einer Versammlung. Das Ziel, was wir erreichen wollen, soll sein: Die allmähliche Einführung des Tarifs.

Das zu erreichen, ist allerdings kein Wert von heute oder morgen, doch wenn ein Jeder seine Pflicht thut, so wird es werden!

Dieses Programm wurde von der Versammlung angenommen. Zwar mit etwas lauwarmer Begeisterung, aber ohne Widerspruch.

Die Versammlung vom 18. Mai beschäftigte sich mit dem 45 Pf.-Beitrag. Es wurde eine Resolution angenommen, in der energisch gegen dessen Einführung (etwa durch Urabstimmung) protestiert wurde, da durch denselben kaum die jetzigen Mitglieder zu halten, geschweige denn neue zu erwerben sind. Der Zee, eine Lokalsteuer zu zahlen, und wären es 3 Pf. die Woche, zur Deckung der Kosten der Zeitungszustellung, können die Dresdener Kollegen ebenfalls nicht den geringsten Geschmack abgewinnen. Also beträgt der Beitrag ab 1. Juli für Dresden Alles in Allem 35 Pf.

Run die Versammlung vom 1. Juni (ohne Schriftführer!): Zunächst hielt Genosse Lebus bei einer wahrhaft afrikanischen Hitze einen Vortrag über die kulturelle Erschließung Afrikas. Für seine interessanten Ausführungen dankte ihm die leider nur mittelmäßig besuchte Versammlung durch ihren Beifall. Nachdem der Vorsitzende noch auf den Aufsatz in der Buchbinderzeitung: „Aus unserem Verbandsleben“ aufmerksam gemacht und einige lokale Sachen erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung. Eine Anzahl Kollegen haben sich gemeldet, die die jetzt eingeführte Zeitungszustellung unentgeltlich und gewissenhaft ausführen wollen. Mögen sich zu jeder Kleinarbeit immer welche finden, so kommt auf keinen viel und nützt uns Allen! Also vorwärts! E. Sch.

Koburg. In der Versammlung vom 11. Mai besaßen sich die Mitglieder mit der Frage der Beibehaltung des 45 Pf.-Beitrags. Es wurde hervorgehoben, daß der Beitrag von 45 Pf. für die meisten kleineren Orte entschieden zu hoch sei, wenn auch einige Kollegen den Beitrag gerne zahlen würden, so sei er doch für die meisten Kollegen zu hoch, gar nicht zu reden von der schwierigen Agitation mit dem 45 Pf.-Beitrag. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute, am 11. Mai, tagende Versammlung der Zahlstelle Koburg des Deutschen Buchbinderverbandes spricht sich entschieden gegen die Weiterführung der Beiträge von 45 Pf. aus und hält es in Anbetracht der hiesigen Verhältnisse für geboten, die Beiträge auf 35 Pf. herabzusetzen.“

Unter Verschiedenem ließen es sich einige Kollegen nicht nehmen, die Zeit durch unnütze Streitereien auszufüllen. Daß dadurch der Zusammenhalt kein fester sein kann, liegt auf der Hand. Außerdem macht es keinen guten Eindruck, wenn sich Kollegen in der Wertstube über die kleinsten Sachen herumsstreiten.

Die betreffenden Kollegen werden nochmals gebeten, in Zukunft solche Sachen zu vermeiden.

Fragekasten.

Wie verhält man das Untersinken der Farben beim Marmorieren? liegt es am Grund oder an der Farbe?

Briefkasten.

R. in Koburg. In einer am 15. Juni erscheinenden Zeitung einen Bericht über eine am 13. April stattgefundene Versammlung aufzunehmen, muß ich denn doch ablehnen. Eine etwas größere Tätigkeit dürften sich die Schriftführer wohl angewöhnen.

E. G. in D. Sie gehen in vielen Punkten von durchaus falschen Voraussetzungen aus und damit sind die gezogenen Schlussfolgerungen und Kombinationen unzu-

treffend. Mir erscheint Ihre Arbeit deshalb nicht zum Abbruch geeignet.

O. K. in R. Ihrem Wunsche ist mit der Zusendung der heutigen Nummer entsprochen; die Anzahl gewöhnlicher Zeitungen wird regelmäßig an die bezogene Adresse gesandt werden.

H. H. in G. Hatte die betreffende Notiz in dem am Orte erscheinenden Parteiblatt schon gelesen. Trostdem besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Zusendung.

Zurückgestellt für nächste Nummer: Eingekandt aus Kottbus und Abrechnung der Verbandskasse.

An die Mitglieder des X. Gaues.

Werthe Kollegen! Der Gautag in Düsseldorf hat die Zahlstelle Ebersfeld mit der Aufgabe betraut, sich des Gavourstandes zu sein. Auf Vorschlag der Zahlstelle sind nun die Kollegen Groenhoff, Giese und Henje von Seiten des Zentralvorstandes bestimmt worden, den Vorstand zu bilden. Nach der nunmehr erfolgten Abrechnung mit Dortmund sind wir in den Besitz des Materials gekommen und somit in der Lage, unsere Tätigkeit aufzunehmen.

Der Gavourstand hat in folgender Weise seine Arbeit unter sich verteilt. Den Vorsitz führt B. Groenhoff, Poststr. 7. An denselben sind daher alle Zuschriften betr. Agitation u. s. w. zu richten. Kollege Fr. Giese, Ravensbergerstr. 7, ist Kassier, worauf namentlich die Einzelmitglieder aufmerksam gemacht werden. Dieselben mögen sich bei Einsetzung der Beiträge direkt an diese Adresse wenden. Den Zeitungsvertrieb besorgt der Schriftführer Kollege D. Henje, Louisenstr. 78.

Der Gautag hat den Gau in drei Bezirke mit den Vororten Köln, Dortmund und Ebersfeld eingeteilt. Es wird sich für alle Zahlstellen empfehlen, betreffs agitatorischer Tätigkeit sich möglichst immer zunächst an diese Orte zu wenden. Den Bevollmächtigten, resp. Kassierern, möchten wir die Bestimmungen des Statuts in Erinnerung bringen, wonach einsehende Mitglieder ihre Beiträge an den Gavourstand abzuführen haben. Da die Einnahmen des Gaues hauptsächlich aus den 20 Prozent der Beiträge resultieren, so ist es notwendig, sich darnach zu richten, wenn anders der Gau leistungsfähig sein soll. Also bitte, uns alle etwa vorhandenen auswärtigen Mitglieder zu überweisen. Der Gautag hat den Antrag auf Errichtung eines Arbeitsnachweises angenommen. Selbstredend konnte der neue Gavourstand diese Angelegenheit noch nicht regeln. Da diese Einrichtung auch jedenfalls eine sehr schwierige sein wird, so möchten wir an die Kollegenschaft das Ersuchen richten, uns in dieser Angelegenheit mit Rath und That zu unterstützen, und wäre es vielleicht angebracht, wenn diese Frage einmal in den einzelnen Zahlstellen zur Diskussion gestellt und uns das Resultat mitgeteilt würde.

Kollegen! Die wirtschaftliche Depression beginnt sich immer mehr und mehr auch in unserem Berufe, namentlich dort, wo sie von den Exportindustrien, der Textil- und Eisenwaren, abhängig ist, fühlbar zu machen. Das bleibt nicht ohne Einfluß auf die Organisation. Es ist unverkennbar, daß in der letzten Zeit der Mitgliederstand in unserem Gau sehr zurückgegangen ist. Damit liegt die Gefahr nahe, die manchmal im mühsamen Kampfe errungenen Vorteile der letzten Zeit wieder zu verlieren. Das darf nicht geschehen. Wir müssen alles daran setzen, nicht nur unseren bisherigen Mitgliederstand zu erhalten, sondern nach Möglichkeit zu erhöhen. Ein ungeheures Feld ist noch zu bebauen. Ganz bedeutende Orte mit ausgebüheter Industrie haben noch nicht einmal eine Zahlstelle aufzuweisen. Es sei nur auf die Städte des Niederrheins, M.-Glabach, Mheydt u. s. w. oder Essen, verwiesen. Es gilt also Hand ans Werk zu legen. Nur durch den notwendigen Ausbau unserer Organisation können wir der Krisis widerstandsfähig gegenüberstehen. Der Gavourstand verspricht, in jeder Beziehung seine Schuldigkeit nach Kräften zu thun. Seine Aufgabe aber kann er nur erfüllen, wenn ihm die weiteste Unterstützung seitens aller Verbandskollegen zu Theil wird.

Der Gavourstand.

An die Zahlstellen und Einzelmitglieder des XII. Gaues.

Nachdem sich auf Anfrage des Gavourstandes sämtliche Zahlstellen für Abhaltung eines Gautags erklärt haben, wird derselbe hiermit auf

Sonntag den 28. Juli nach Chemnitz,
Restaurant „Hoffnung“, Unter Georgstraße 2, Vormittags 10 Uhr, einberufen.

- Als vorläufige Tagesordnung ist vorgelesen:
1. Bericht des Gavourstandes.
 2. Situationsbericht der Zahlstellen und Einzelmitglieder.
 3. Die zweckmäßigste Agitation im Gau.
 4. Erledigung der gestellten Anträge.
 5. Allgemeines.

Die Zahlstellen werden ersucht, die Delegiertenwahlen gemäß § 41 des Verbandsstatuts rechtzeitig vorzunehmen.

Die Namen der Delegierten, sowie die zur Verhandlung kommenden Anträge sind bis spätestens 13. Juli an untenstehende Adresse zu richten.

Einsehende Mitglieder sind berechtigt, den Verhandlungen auf eigene Kosten beizuwohnen.

Um zahlreichem Besuch des Gautages bittet

Der Gavourstand.

J. A.: Otto Krehshmar,
Leipzig-Neuditz, Gemeindeftr. 46 III.

An die Zahlstellen und Einzelmitglieder des XV. Gaues.

Hierdurch machen wir bekannt, daß der Gautag in Stuttgart am 23. Juni

im Gewerkschaftshaus Gasthaus „Zum goldenen Bären“ stattfindet.

Als Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Berichterstattungen
 - a) des Gavourstandes,
 - b) der Zahlstellen,
 - c) der Einzelmitglieder.
2. Die Einführung des Tarifs in Württemberg und Baden. Referent: Kollege Karl Vogel-Karlruhe.
3. Die fernere Agitation im Gau.
4. Erledigung der eingegangenen Anträge.
5. Verschidenes.

Der Gautag wird präzis 10 Uhr eröffnet und werden die Delegierten ersucht, um 9 Uhr zu einer Vorbesprechung sich einzufinden.

Die Zeit der Ankunft der Delegierten wolle man unterzeichnetem rechtzeitig anmelden. Als beiderseitiges Erkennungszeichen gilt die „Buchbinder-Zeitung“.

Zu der Erwartung, daß der Gautag auch von Einzelmitgliedern besucht wird, ladet zu zahlreichem Erscheinen der Gäste freundlichst ein

Stuttgart-Heslach.

Der Gavourstand.

J. A.: Heinr. Böttcher, Möhringerstr. 44 b I.

Abänderungen im Adressenverzeichnis.

Adressen der Gaubevollmächtigten.

Gau XI. Großherzogthum Hessen, Regierungsbezirk Wiesbaden und Regierungsbezirk Koblenz rechts des Rheines.

Gavourort Frankfurt a. M.: Richard Würzberger, Frankfurt a. M., Rollintstraße 36 III.

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.

Charlottenburg: Richard Riedel, Wielandstr. 67, G. I.
München: Hans Schuhmacher, Theresienstr. 83 I, bei Kullermann.

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungs-Auszähler.

Mannheim. Z. Gewerkschaftshaus „Zum weißen Lamm“, H 1, 12; Abends von 8-9 Uhr. (Auch lokale Unterstützung.) Ml. 20 Ml. Az. 9 1/2 St.

H. Ebendasselbst.
Tilsit. Z. Guft. Schulz, Große Gerberstraße 2; von 12-1 und 6 1/2-8 Uhr. Ml. 16 Ml. Az. 10 1/2 St.

Anzeigen.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Unser stets treues und eifriges Verbandsmitglied
Wilhelm Heinrich Schmidt
 aus Cannstatt ist am 12. Juni an einem Herzschlag gestorben. [I.10]
 Ihre seinem Andenken!
Zahlstelle Stuttgart.
 180]

Achtung! Berlin. Achtung!
Albumbranche!

Montag den 17. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15

Große Öffentliche Versammlung

aller in der Albumbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung:

1. Wie liegen augenblicklich die Verhältnisse in der Albumbranche?
Referent: Kollege Franz Bytomski.
2. Wahl eines Vertrauensmannes.
3. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen und Kolleginnen obiger Branche ist unbedingt notwendig.

Der Einberufer.

Buchbinder-Männerchor München.

819] (Mitgl. d. Arbeiter-Sängerbundes.) [1,50

Samstag den 29. und Sonntag den 30. ds. Mts.

Partie auf die Hohe Salve in Tyrol.

Abfahrt Samstag früh 3 Uhr 40 Min., Ruffstein retour.

Rückfahrt Sonntag Abends 9 Uhr 15 Min.

Anmeldungen im Café Dall'Armi erbeten.

Der Vorstand.

320.] **Werkmeister!** [2,40

Für eine Papierwaarenfabrik wird ein tüchtiger und zuverlässiger Meister gesucht.

Derselbe muß mit den Faltschachtelmaschinen zc. durchaus vertraut, die Herstellung von besseren Klebmappepackungen (auch Düten und Beutel) genau kennen und in der Lage sein, ein größeres Personal anzulernen und zu beaufsichtigen.

Off. nebst Ansprüche sub. O. K. an die Exped. d. Bl.

Zwei tüchtige, solide [3,40
Pressvergolder,
welche auf Gesang- und Gebetsbücherdecken
gewöhnlich eingearbeitet sind und hierüber
gute Zeugnisse nachweisen können, finden sofort
dauernde und gut bezahlte Stellung.
Arbeitszeit 10 Stunden täglich.
A. Riffarth,
Verlagshandlung und Dampfdruckbinderi,
821.] **M.-Glöckner.**

Ein im Stilkettenschneiden durchaus bewandertes
Buchbinder

für dauernde Beschäftigung gesucht. [1,80

L. Geisendörfer, Lith. Kunstanstalt,

Gef. m. b. Haftung,
322.] **Karlsruhe i. B.**

322] **Bogensätze, Fileten, Rollen,** [1,00
Stempel, Schriftensätze liefert in bester Art
F. Klement, Leipzig, Seeburgstr. 36.

Bitte nicht irrtümlich Horn u. Pakelt od. Nachf. zu adressieren, da ich nur von der Konkursmasse die gesammte großartige Einrichtung dieser Firma kaufte ohne den Namen dieser Firma zu erwerben und so adressierte Briefe nicht in meinen Besitz gelangen.

Paul Hüttich, Gera R., Geraer Vergoldeschule,

Inhaber Goldener und Silberner Medaillen für
323e] hervorragende Leistungen. [3,40

Unter ständiger Aufsicht gewissenhafter Unterricht im Sand- und Pressvergolden, Marmorieren, Leder-schnitt, Goldschnitt und korrekter Bucheinband.
Prospekt gratis. Eintritt jeder Zeit.

Zahlstelle Hannover.

Sonntag den 23. Juni

Großes Sommerfest im Vahrenwalder Churm

324]

bestehend in

[3,80

Konzert, Gesellschaftsspielen, Kinderbelastigungen und Ball.

Anfang 4 Uhr.

Eintritt 10 Pf.

Kollegen, Kolleginnen! Besucht recht zahlreich das Sommerfest.

Der Festausschuß.

Achtung! Zahlstelle Berlin. Achtung!

Sonnabend den 29. Juni, Abends präzis 1/9 Uhr,

Dampfer-Mondschein-Fahrt mit Musik

nach dem an der Oberspree belegenen Stablissement

„Wilhelminenhof“ in Ober-Schöneweide.

Grosser Sommernachts-Ball.

Um 12 Uhr: Grosse Fackel-Polonaise.

Von 3 Uhr ab: Gemüthliches Kaffeekochen.

— Billet 75 Pf. für Hin- und Rückfahrt inkl. Tanz. —

Abfahrt präzis 1/9 Uhr von der Dampferstation „Zannow-Brücke“ (Brückenstraße). Rückfahrt Morgens 5 Uhr.

Billets sind in den Zahlstellen, bei den Vertrauenspersonen, sowie im Bureau, Engel-Ufer 15 II, zu haben.

Die zum Vertrieb entnommenen Billets sind bis spätestens Donnerstag den 27. Juni abzurechnen. Geschieht dies nicht, so gelten dieselben als verkauft.

Die Zahlstellen bleiben an diesem Abend geschlossen.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Montag den 15. Juli

Grosses Sommer-Fest

zur Feier des „Guten Montags“

in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108—114.

Großes Gartenkonzert • Spezialitäten 1. Rang • Theatervorstellung für Kinder.

Bei eintretender Dunkelheit: Großer Fackelzug.

325]

Von 5 Uhr ab:

[12,40

Im Bal champêtre: „Grosser Ball.“

Eintritt in den Saal für Herren 30 Pf., für Damen 10 Pf.

Grosses Feuerwerk.

Jedes Kind erhält am Eingang des Gartens zwei Bons für Stocklaterne und Schaukel oder Karussell.

Die Kaffeeküche ist den geehrten Damen von 2 Uhr an geöffnet.

Billet 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.

Anfang Nachmittags 4 Uhr.

Billets sind von heute ab in sämtlichen Zahlstellen, bei allen Werkstubevertrauenspersonen, in den mit Plakaten belegten Handlungen, sowie in unserem Bureau, Engel-Ufer 15 II, zu haben.

Um regen Vertrieb der Billets ersucht

Die Ortsverwaltung.

Kollege Wöhring,

bis Anfangs Mai hier in Arbeit, wird ersucht, das entliehene Buch Nr. 44 der Bibliothek zurückzugeben.

Zahlstelle Hannover.

Der Vorstand.

326]

[0,70

Unserem lieben Kollegen

328]

[0,80

Paul Hümpel

bei seiner Abreise von Hannover nach Hamburg ein

„Herzliches Lebewohl!“
H. Bader. R. Thiede. Chr. Giefert. D. Heinrich. Fr. Engelbrecht. W. Elvedhausen. Sandvoh.

Empfehle allen Freunden und Genossen mein

Weiß- & Bayerisch-Bierlokal

nebst Vereinszimmer für 40 Personen und Franz. Billard. [2,00

Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Gemüthlicher Aufenthalt. Telephon Amt 4 a 6591.

Gustav Ladewig, Berlin, Kommandantenstraße 65, 329.]

Meinem lieben Freunde und Kollegen

Heinrich Wittgrese

zu seiner Abreise von Mannheim ein

„Herzliches Lebewohl!“

327] [1,20

A. Berger.

Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige.

(Eingeschriebene Hilfskasse, Sitz Leipzig.)

Abrechnung des 1. Quartals 1901.

[30,00

Einnahmen		Ausgaben		An Krankenunterstützung wurde ausgezahlt		Wohltätig und ärztliche Behandlung		Vorhandene Fonds	
nr.	pf.	nr.	pf.	nr.	pf.	nr.	pf.	nr.	pf.
An Ueberschüssen gingen ein:		An Zuschüssen nach:							
Altenburg	40	Bergen	100	Nachen	74	31	91	69	29
Apolba	80	Breslau	100	Altenburg	4	3	50	30	23
Augsburg	100	Brieg	50	Annaberg	138	50	28	45	117
Berlin	400	Chemnitz	50	Apolba	4	35	7	35	57
Bremen	150	Dresden	250	Augsburg	—	—	—	—	191
Bonn	100	Erlangen	160	Barmen	148	5	22	138	61
Chemnitz	200	Freiburg	350	Berlin	5100	75	662	83	233
Gera	100	Fürth	100	Bremen	104	60	33	62	313
Grünstadt	35	Grünstadt	50	Bonn	132	—	—	—	173
Hannover	200	Hannover	700	Biebr	479	20	2	50	171
Hildesheim	100	Halle	75	Birgel	557	70	47	99	117
Hausen	100	Köln	100	Bergen	466	15	40	01	26
Hagen	50	Lahr	100	Braunschweig	110	20	32	40	38
Köln	100	München	200	Buchholz	190	—	30	10	224
Kirchheimbolanden	50	Mühlheim	130	Breslau	112	70	14	69	133
Kandel	60	Nürnberg	650	Bielefeld	54	—	—	—	188
Leipzig	500	Schma	300	Brieg	176	15	10	92	38
München	200	Stuttgart	200	Chemnitz	320	70	2	85	144
Mannheim	200	Für Krankenunterstützung an Mit-		Dresden	1011	15	151	14	92
Neu-Ruppin	150	glieder 1. Kl. nach § 10 Abs. 2	7	Dülmen	23	60	20	80	90
Oldenburg	50	= Krankenunterstützung an Mit-		Dortmund	158	40	4	89	241
Stettin	100	glieder 2. Kl. nach § 10 Abs. 2	85	Düsseldorf	124	—	4	10	97
Schleß	150	= Krankenunterstützung an Mit-		Eberfeld	440	15	16	76	201
Ulm	30	glieder 3. Kl. nach § 10 Abs. 2	294	Erlangen	375	60	—	—	62
An Zinsen der Hypothek pro		= Krankenunterstützung an Mit-		Essen (Ruhr)	6	—	—	—	114
1. Quartal	100	glieder 1. Kl. nach § 10 Abs. 1	36	Frankfurt a. M.	1038	—	144	84	88
= Miethzins pro 1. Quartal	71	= Krankenunterstützung an Mit-		Freiburg i. S.	316	—	—	—	59
= Strafen	24	glieder 2. Kl. nach § 10 Abs. 1	95	Freiburg i. W.	584	30	15	—	57
= Eintrittsgeldern einzelstehender		= Krankenunterstützung an Mit-		Fechenheim	169	25	35	22	403
Mitglieder	8	glieder 3. Kl. nach § 10 Abs. 1	305	Fürth	335	20	21	82	45
= Steuern 1. Klasse einzelstehender		= ärztliche Behandlung	97	Gera	17	40	31	59	156
Mitglieder	232	= Arznei	33	Gotha	54	—	16	66	263
= Steuern 2. Klasse einzelstehender		= Heilmittel	20	Grünstadt	91	—	5	—	54
Mitglieder	140	= Brillen	12	Hamburg	629	95	151	13	549
= Steuern 3. Klasse einzelstehender		= Porto des Vorsitzenden	59	Hannover	2278	20	140	—	198
Mitglieder	1118	= " " Kassiers	61	Halle	294	95	15	31	48
= Steuern 4. Klasse einzelstehender		= Schreibmaterialien	8	Heusenstamm	332	20	13	50	112
Mitglieder	8	= Verschiedenes	53	Hildesheim	—	—	6	03	49
= Extrasteuern einzelstehender Mit-		= Zinsen in der „Buchbinder-		Hausen	98	75	10	55	108
glieder	37	Zeitung“ pro 4. Quartal 1900	79	Hagen i. Westf.	150	85	48	50	46
= Kassenbestand nach Abrechnung		= Abonnements der „Buchbinder-		Heilbronn	32	—	2	—	198
des 4. Quartals 1900	193788	Zeitung“	38	Hierlohn	58	—	—	—	65
	14	= Porto d. „Buchbinder-Zeitung“	27	Köln	220	—	23	06	79
	01	= 3000 Statuten drucken	103	Kirchheimbolanden	22	40	—	—	66
		= 5000 Mitgliedskarten drucken	152	Revelar	224	—	9	58	340
		= 2000 Aufnahmehefte	22	Karlstraße	88	—	12	—	91
		= 2000 perforierte Formul.	21	Kandel	26	—	—	—	25
		= 4000 Formul. 9	18	Leipzig	5893	75	126	40	1337
		= 1000 " 17	14	Lahr	556	30	10	27	89
		= 596 Quittungsbücher binden	49	München	986	65	71	50	49
		= 150 Statuten broschüren	—	Rating	103	45	25	65	140
		= Kautschukstempel	2	Mannheim	38	50	103	19	378
		= 1 Exempl. Kalender z. Arbeiter-	8	Magdeburg	360	90	190	10	46
		versicherungsgesetz	80	M.-Glabach	114	20	17	24	191
		= Revision der Hauptkasse für	6	Mühlheim	316	05	20	11	34
		den Aussch.	—	Nürnberg	1364	10	30	—	19
		= Entschädigung der Revisoren bei	3	Neu-Ruppin	59	40	15	05	104
		Abrechnung des 4. Quartals	—	Offenbach	3104	80	291	10	29
		= Gehalt des Vorsitzenden	500	Oberthausen	406	60	8	87	22
		= " " Kassiers	425	Oldenburg	9	20	13	06	138
		= " " Schriftführers	15	Reutlingen	34	—	2	60	103
		= der Beisitzer und des	75	Regensburg	227	30	10	—	48
		stellvertretenden Vorsitzenden	—	Regensburg	226	—	122	90	57
		Miethzins pro 1. Quartal	125	Schma i. S.	1823	75	164	32	183
				Stettin	98	25	106	21	—
Summa	198773	15	Summa	6522	25				

Bilanz:

Einnahme	198 773,15 M.
Ausgabe	6 522,25 "
Kassenbestand	192 250,90 M.

Für die Richtigkeit:

Die Revisoren:

Gustav Gerwien. H. Schröder.

Der Kassier:

H. Städter.

Leipzig, den 7. Juni 1901.

Der Jahresbericht von 1900 kann bei den Ortsverwaltungen in Empfang genommen werden.

An Beerbigungsgeld:

Barmen	70				
Birgel	60				
Dresden	150				
Erlangen	60				
Frankfurt a. M.	90				
Hannover	90				
Köln	80				
Revelar	120				
Leipzig	140				
Offenbach	250				
Regensburg	60				
Stuttgart	130				

Summa 34 599 10 3211 34 10 130 92